



Dringlichkeitsantrag Nr. 2

Betrifft: Resolution zu Angriffen auf Medienschaffende

Antragsteller: Landesvorstand

Der DJV Thüringen verurteilt jegliche Gewalt und die Androhung von Gewalt gegenüber Medienvertreter:innen auf das Schärfste. Hass und Hetze bedrohen nicht nur Menschenleben, sondern auch die Pressefreiheit. Wer Journalist:innen bei der Ausübung ihrer Arbeit angreift, greift auch die Pressefreiheit an. Der DJV Thüringen stellt sich gegen jegliche Form von Hass und Hetze sowie die aus ihr resultierende Gewalt. Er steht für die demokratischen Grundwerte ein und wird sie mit den Mitteln des Grundgesetzes verteidigen.

Der DJV Thüringen fordert Medienunternehmen auf, Journalistinnen und Journalisten durch Sicherheitskonzepte bei der Ausübung ihrer Tätigkeit zu schützen. Zudem müssen Sachversicherungen auch für die freien Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen abgeschlossen werden, so dass diese im Schadensfall ihre Ausrüstung ersetzt bekommen. Der DJV Thüringen weist darüber hinaus auf seine Empfehlungen zur Kooperation zwischen Medienschaffenden und der Polizei hin. Der Landesverband wird sich weiter für ein besseres, beiderseitiges Verständnis von Polizei und Journalist:innen einsetzen.

Begründung:

Immer häufiger werden Medienvertreter:innen bei der Arbeit Opfer von gewalttätigen Übergriffen. Fake News, Lügen und Polemik sorgen zunehmend für eine Polarisierung in der Gesellschaft. Aus ihnen resultiert das Misstrauen gegenüber Medien, die sich in ihrem Selbstverständnis am Pressekodex orientieren.

Der DJV Thüringen beobachtet mit Sorge die Zunahme von gewalttätigen Übergriffen auf Journalist:innen und ihre Ausstattung. Es darf nicht sein, dass Menschen, die aktiv Pressefreiheit und Meinungsvielfalt repräsentieren, herstellen und ermöglichen, selbst Ziel von Angriffen werden und ihre Arbeit verhindert wird.